

II- 9396 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4676 N

1993 -04- 14

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch und Genossen
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

betr. Teilnahme Österreichs an den Vorarbeiten zur Gründung eines
internationalen Instituts für Wahlbeobachtung
(International Electoral Institute)

Die noch längst nicht abgeschlossene Welle von Demokratiebewegungen in Ost- und Mitteleuropa, in weiten Teilen der früheren UdSSR sowie in allen Teilen der Dritten Welt, vor allem in Afrika, hat zu einem immer noch wachsenden Bedürfnis nach Unterstützung dieser Bemühungen, vor allem in Form von Wahlbeobachtungsmissionen sowie generell nach Massnahmen der Unterstützung neuer demokratischer Institutionen in den verschiedenen Staaten geführt.

In diesem Zusammenhang haben allein in den beiden letzten Jahren Wahlbehörden, Demokratiebewegungen und andere Gruppen aus mehr als 30 europäischen, afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten Ersuchen um Unterstützung von freien, pluralistischen Wahlen vor allem an die Vereinten Nationen gerichtet.

Um diesen Entwicklungen in neuer und koordinierter Form zu begegnen, hat die schwedische Regierung die Initiative zur Gründung eines Internationalen Instituts für Wahlbeobachtung ergriffen, dessen Aufgaben und Mandat von einer international besetzten Kommission, die in diesen Tagen ihren ersten Bericht vorgelegt hat, geprüft werden.

Zu den wichtigsten Schlussfolgerungen der Kommission, die erstmals am 10. und 11. Februar d.J. unter Teilnahme prominenter Parlamentarier aus europäischen bzw. nicht-europäischen Ländern in Genf zusammengetreten ist, gehört die Erkenntnis, dass gegenwärtig keine der bestehenden nationalen oder internationalen Stellen bzw. Organisationen in der Lage wäre, dieser internationalen demokratiepolitischen Notwendigkeit zu entsprechen. Sie fordert daher die Bildung eines neuen, unabhängigen Instituts, welches bei voller Autonomie allerdings auch Verbindungen zu den Vereinten Nationen aufweisen sollte.

Im Hinblick auf die bedeutende, sicher aber noch ausbaufähige Rolle Österreichs bei der Förderung der Demokratie und des Parlamentarismus in allen Teilen der Welt stellen die gefertigten Abgeordneten an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten die nachfolgende

A N F R A G E

1) Stimmen Sie mit den, in einem Positionspapier der Kommission vom 10. März d.J. enthaltenen Schlussfolgerungen überein?

2) Sind Sie bereit, die weiteren Arbeiten der Kommission zu unterstützen?

- 3) Werden Sie nach dem Vorbild insbesondere skandinavischer Staaten auch die Mitarbeit österreichischer Parlamentarier an der Kommission ermöglichen, nachdem Österreich bei der ersten Tagung der Kommission nur auf Beamtenebene vertreten war?
- 4) Sind Sie bereit, Vertreter der Kommission bzw. deren Vorsitzenden zur Erörterung der weiteren Vorgangsweise nach Wien einzuladen?
- 5) Werden Sie für den Fall eines positiven Verlaufs der weiteren Arbeit der Kommission dafür sorgen, dass Österreich an der Gründung eines solchen Instituts aktiv teilnehmen kann?